



GIFTLISTE?

Von Achim Czulwick – Ratsmitglied (AUF Witten)

Wieder soll der Bürger geschöpft werden. Die Ausplünderung der kommunalen Finanzen geht weiter, sogar von Giftlisten ist in der WAZ die Rede. Gift? Das wird in der Regel gegen Schädlinge eingesetzt. Wer ist hier der Schädling? Etwa die Menschen, die mit Bussen und Bahn, bei ständig steigenden Preisen, zur Arbeit fahren, zum Arzt gehen, die Einkäufen oder Freunde besuchen? Es ist bezeichnend, wenn Kürzungen sozialer Standards mit Gift verglichen werden! Der Zeitpunkt nach den Wahlen ist dabei kein Zufall, denn im Wahlkampf wurde in der Darstellung der wirtschaftlichen Lage gehörig manipuliert und ein beruhigendes Bild gezeichnet. Geht es uns etwa so gut, dass wir jetzt ein bisschen Gift vertragen können?

BESCHÖNIGUNGEN

Nehmen wir die Behauptung, dass die steigenden Steuereinnahmen uns doch beruhigen könnten, nach dem Motto *alles wird besser*. Wirklich?

Auf 44,2 Milliarden € soll im Jahr 2013 die Gewerbesteuer steigen. Das sind gerade mal 700 € im Durchschnitt pro Einwohner.

Gemessen an diesem Durchschnitt sind es in Witten aber nur 530 €, in Gelsenkirchen 49 € und in Biberach an der Riss 2939 €. Im Detail zeigt sich, wie unsinnig die Finanzierung der Kommunen über die Gewerbesteuer ist. Die finanziellen Belastungen durch Bundes- und Landesgesetze bzw. Verordnungen werden nicht diesen Einkommen entsprechend gestaffelt, sondern sind festgelegt. Je geringer die Einnahmen der Kommunen, desto höher sind sogar ihre



Kinderfreundliches Witten als Gegenentwurf zur derzeitigen Politik. Das Transparent wurde von Kindern gesprüht (s.a. Seite 4 und Seite 10)

Ausgaben infolge erhöhter Sozialkosten.

Anstatt hier Klartext zu reden und sich auf die wachsende Opposition in der Stadt zu stützen, raffen sich Bürgermeisterin und die sie tragenden Parteien lediglich zu einem zahnlosen Protestchen auf, machen im Grunde aber alles mit.

Bis heute weigert sich die Ratsmehrheit, das Thema Hartz IV auf die Tagesordnung zu setzen und mir als Ratsvertreter von AUF Witten und Aktivist der Montagsdemonstration ein Forum zu geben, um die tatsächlichen

Probleme zur Sprache zu bringen und endlich einmal anzupacken!

VORZEIGEPROJEKTE

Als Konsequenz einer solchen Unterordnungspolitik bleiben lediglich Vorzeigeprojekte wie der neu gestaltete Berliner Platz oder der Ausbau des Radwegs Rheinischer Esel.

Maßnahmen zur Aufwertung der Stadt wie die von AUF Witten ausgearbeitete Radwegverbindung von Dortmund durch Witten an die Ruhr dagegen wurden, lange vor dem Ausbau des Rheinischen Esels, einfach verworfen.

Inhalt

- 1/2 Giftliste?
- 3 Gemeinsam kämpfen
- 4/5 Zuschriften
- 6/7 Gas-Fracking
- 8 Kein Fußbreit für ProNRW
- 9 Einladungen
- 10 Spielplatzpolitik
- 11 Herbsdemonstration
- 12 Das hat System



Nach Jahrzehnten einer Politik, die öffentliche Gebäude verfallen ließ, wurden einige Schulen renoviert und erweitert. **Mit einem zeitlichen und finanziellen Zusatzaufwand, der bei rechtzeitiger Wartung vermieden hätte werden können.**

So bleibt außer von Vorzeigeprojekten, hektischen Notmaßnahmen und Verschönerung einiger Fassaden im Grunde recht wenig, was für das Leben der Menschen wirklich wichtig ist. Das Niveau der Daseinsvorsorge in unserer Stadt ist und bleibt erschreckend niedrig.

„MARKTORIENTIERTE DEMOKRATIE“

Marode Straßen, ständig steigende Schulkosten für die Familien, Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Lage, unzureichende Lernbedingungen in überfüllten Klassen, kaum noch wohnbereichsnahe Spielplätze, unentwegt steigende Mieten, Heiz- und Stromkosten ... die Aufzählung ist nicht vollständig!

Das sind die Folgen der *marktorientierten Demokratie*, die Kanzlerin Merkel nicht müde wird zu preisen. Gemeint ist eine Politik *alles für die Profite*, das heißt Umverteilung zu Gunsten von Banken und Konzernen.

Dazu gehören die Hartz Gesetze mit Leiharbeit und staatlich organisiertem Niedriglohn sowie Flexibilisierung, Minijobs und Rente mit 67 und schließlich

auch die Abwälzung von gesellschaftlichen Aufgaben wie Bildung und Pflege auf die Familien: **die Armen wurden ärmer und die Reichen reicher.**

NACH DEN BUNDESTAGSWAHLEN ...

... ist nicht erkennbar, dass, unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise, die Lage für die Masse der Normalverdiener und für die Arbeitslosen besser wird.

Vielmehr spricht alles dafür, dass die neue Regierung die bisherige Politik fortsetzt einschließlich der unbremsten Neuverschuldung der Kommunen.

In Witten werden die Ausgaben für Soziales und Jugend weiter steigen, weil die zugrunde liegenden Probleme auch nicht ansatzweise gelöst oder angepackt werden.

Bewusst wird zu wenig Geld in die notwendige Daseinsvorsorge vor Ort investiert, damit die Renditen von Banken und Konzernen gesichert sind.

Diese Politik ist sicher nicht so offensichtlich wie die Befreiung der Industrie von der Umlage für die erneuerbare Energie, wofür der Verbraucher mit Strompreiserhöhungen zahlt.

Es gibt aber nur einen einzigen Grund für die sogenannte **Konsolidierung der kommunalen Finanzen**: es ist nicht die Sicherung der Daseinsfürsorge, sondern die **Absicherung der Profite für Großindustrie und Banken**. Dazu erhoben die etablierten Parteien das „*Mindeste*“ zu ihrem Programm. Mindestlohn, Mindestrente, Mindestkrankenversicherung, Mindestpflege.

Wer mit 8,50 € Mindestlohn à la SPD mit seiner Arbeit gerade mal Sozialhilfe-Niveau erreicht, darf sich nach dieser Logik noch nicht einmal beschweren – er hat ja das Mindeste!

Wenn jetzt in Witten noch von der möglichen Einschränkung des Brandschutzes durch Veränderungen in der Feuerwehrbereitschaft die Rede ist, dann wird nicht einmal mehr vor dem Poker mit unserer Lebensrettung haltgemacht, um das Kapital für die sogenannten Systemrelevanten zusammenzukratzen.

Eine solche Konsequenz ist vielleicht nicht sehr verwunderlich angesichts einer Denkweise, dem Steuerzahler Gift verpassen zu wollen.

Doch wer das macht, darf sich auch nicht über die Reaktionen darauf wundern. Sie sind längst überfällig, egal wer in der Regierung sitzt.

Was ist und wofür steht AUF Witten?

AUF Witten ist ein überparteiliches Kommunalwahlbündnis. Niemand wird auf ein Parteiprogramm festgelegt. Jeder, außer Faschisten, Nationalisten und religiösen Fanatikern, kann gleichberechtigt mitarbeiten. **Wie Menschen unterschiedlicher Weltanschauung zu gemeinsamen Lösungen für die kommunale Daseinsfürsorge kommen, regeln unsere Grundsätze und Satzung.** Damit haben wir seit Gründung 2003 sehr gute Erfahrungen gemacht. Seit 2004 ist **AUF Witten** mit einem Mandat im Wittener Stadtrat vertreten. Dort arbeiten wir als Sprachrohr kommunaler Bewegungen für eine lebenswerte Stadt mit Zukunft für unsere Jugend.

AUF bedeutet: **Alternativ • Unabhängig • Fortschrittlich**

OPELANER, STAHLARBEITER, BERGLEUTE: GEMEINSAM KÄMPFEN!

von Jan Vöhringer – Mitglied von AUF Witten

In den letzten Ausgaben von *Witten im AUFbruch* wurde über die Entwicklung der Solidarität und die Notwendigkeit eines selbständigen Streiks bei Opel in Bochum berichtet.

Die Auseinandersetzung darum ist wichtig. Kaum sind die Wahlen vorbei, erleben wir beispiellose Ankündigungen von Arbeitsplatzvernichtungen vor allem im Ruhrgebiet. So wollen Siemens 5.000, OPEL 3.500, Outokumpu 450 und DEMAG 196 Arbeitsplätze vernichten und auch der Bergbau soll 2014 platt gemacht werden.



WEIT MEHR BETROFFEN

Wie viele Arbeitsplätze tatsächlich betroffen sind, wird daran deutlich, dass allein an OPEL Bochum weitere 45.000 Arbeitsplätze hängen.

Diese Angriffe fordern die Arbeiter heraus.

Wir erlebten eine 17-stündige Betriebsversammlung bei OPEL Bochum mit anschließendem 6-stündigen Streik und einen 2-tägigen Streik der Outokumpu Stahlarbeiter.

Das ist ein wichtiger Anfang und gibt Mut und Selbstvertrauen! **Aber eine Belegschaft allein kann diesen Kampf nicht gewinnen.** Dazu braucht es einen gemeinsamen Kampf aller Belegschaften: Automobil- und Stahlarbeiter, Bergleute und Maschinenbau.

17 STUNDEN BETRIEBSVERSAMMLUNG ...

... und der anschließende 6-stündige Streik am 9./10. September war ein Höhepunkt des Richtungskampfs in der Bochumer Opel-Belegschaft.

Während die Geschäftsleitung, unterstützt von der Bochumer Oberbürgermeisterin Scholz (SPD), versuchte, den Widerstand der Opelaner zu brechen und diese zur Kapitulation zu bewegen, unterstrich die Belegschaft nach langen, heftigen und grundsätzlichen Diskussionen ihren entschlossenen Kampfwillen für den Erhalt des Werkes und den Kampf um jeden Arbeitsplatz.

Nur durch massive Einschüchterung und Drohung durch die Geschäftsleitung konnte der Streik abgewürgt werden.

Werkschutz und Vorgesetzte wurden Dienstag früh gegen den Streik in Stellung gebracht, die Kollegen am Tor 1 einzeln vom Werksleiter empfangen, desinformiert und mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen bedroht, wenn sie nicht sofort die Arbeit aufnehmen. Diese unterdrückerische Manipulation verfehlte nicht ihre zersetzende Wirkung.

BASTA – DIE KÄMPFERISCHEN FRAUEN

Auf der Internationalen Automobilausstellung (IAA) in Frankfurt am Main

entrollte um 5 vor 12 das „BASTA!“-Frauenkomitee sein Transparent vor dem OPEL-Stand. Auf ihren T-Shirts der Aufdruck: **„Kampf um jeden Arbeitsplatz bei OPEL Bochum“**.

Mit offenem Mikrofon informierten sie die Besucher der IAA über die Situation der Bochumer OPEL-Belegschaft und ihrer Angehörigen. Sie verteidigten das Mikrofon gegen die Verantwortlichen des OPEL-Stands, diskutierten mit den Besuchern und sammelten Spenden für die Streikkasse. Nach ungefähr eineinhalb Stunden machten sie einen "Abschieds"-Demonstrationszug durch die Hallen: **eine erfolgreiche und öffentlichkeitswirksame Aktion!**

OPEL UND OUTOKUMPU

Zum Streik der Kollegen von Outokumpu schreiben die Opelaner:

„Herzlichen Glückwunsch zu eurem mutigen Schritt in den Streik zu treten. Das ist genau die richtige Antwort. Wir wissen was es bedeutet zu streiken und sind nicht bereit, unsere Arbeitsplätze kampfflos aufzugeben. Die Nachricht ging wie ein Lauffeuer durch das Werk und gibt uns wieder neuen Mut. (...) Es hat sich bewahrheitet, das Spiel auf Zeit bei euch wie bei uns nutzt nur dem Gewinner. Wo wir das nicht mehr mitmachen kommen sie in die Defensive und spüren mit wem sie sich eigentlich anlegen.“

Ihr habt einen wichtigen Schritt gemacht und wir können nur raten: geht ihn weiter. Aber nicht allein. Ihr und wir haben uns immer gegenseitig unterstützt. Aber jetzt gilt es den gemeinsamen Kampf um jeden Arbeitsplatz zu führen. Es geht um die ganze Region. Ob Kapitalisten aus Finnland, Amerika oder Deutschland. Wir sind alles Metaller und es wird Zeit, dass sie uns kennen lernen.“



BASTA-Frauenkomitee zeigt Flagge! Der Kampf wird weitergehen, und AUF Witten hilft weiter mit, die Solidarität zu organisieren

ZUSCHRIFTEN

(LESERBRIEFE MÜSSEN NICHT DER MEINUNG DER REDAKTION ENTSPRECHEN)

SPIELPLATZINITIATIVE SCHREIBT AN DEN BUNDESPRÄSIDENTEN

Im Auftrag der *Spielplatzgemeinschaft Gemeindeck-Bebbelsdorf* schrieb Ralf Schäfer mit Datum vom 9.10.2013 folgenden offenen Brief an den Bundespräsidenten. Siehe dazu auch S. 10 (die Redaktion)

Seit vielen Jahren wehren wir Anwohner uns aus Witten gegen den Verkauf der Spielfläche am Gemeindeck.

Die Stadt Witten will durch den Verkauf der Spielfläche ihre klamme Kasse sanieren. Die Kinder aus dieser Region würden durch den Verkauf der Spielfläche ihren geschützten Raum verlieren. Ortstermine und Einladungen wurden seitens der Stadtverwaltung nicht wahrgenommen.

Durch das große mediale Interesse seit einem Jahr und durch Hilfe aus der kommunalen Politik konnte der Ver-

kauf der Spielfläche zunächst einmal verhindert werden.

Da die Stadt Witten bereits die Einnahme von 110000 Euro durch den Verkauf der Spielfläche in ihren Haushalt eingerechnet hat, muss die Stadt einen Kredit aufnehmen und die Zinsen dafür sollen wir Anwohner zahlen. Der Spielplatz soll von uns Anwohnern privat betrieben werden, dadurch kämen noch Kosten für die Versicherung, die Baumprüfung und die jährliche Prüfung der Spielgeräte dazu.

Unser Beispiel zeigt, dass Städte und Kommunen durch ihre miserable Finanzlage sich aus ihrer Verantwortung, Spielplätze zu betreiben, zurückziehen und das auf Kosten der Kinder.

Durch unseren Widerstand wurden wir darauf aufmerksam, dass ein Ausverkauf von Spielplätzen zu einem gesamtdeutschen Problem ge-



worden ist.

Kinder brauchen Spielplätze in der Nähe für ihre Entfaltung, Bewegungsfreiheit und Gesundheit. Kommunen und Städte sehen durch den Verkauf Einsparpotentiale und zusätzliche Einnahmequellen zugleich.

Dem Verkaufstrend stehen auch das *Deutsche Kinderhilfswerk* und der *Deutsche Kinderschutzbund* recht kritisch gegenüber. **Der Deutsche Kinderschutzbund spricht von einem Skandal.**

Wie dringend die Spielflächen bleiben müssen sieht man, wenn man Kindern zuschaut, die sich eben nicht austoben dürfen. Sie verschaffen dem Bewegungsdrang dann meist Abhilfe indem sie Dinge tun, die wir Erwachsene als gefährlich oder ungesetzlich einstufen.

In der Politik müssen Kinderinteressen und die bestmögliche Förderung ihrer Entwicklung absolute Priorität haben. Aus dieser Verantwortung dürfen die Städte nicht entlassen werden.

Da kommunale Politik nur bedingt Einfluss auf die Verwaltung der Städte zu haben scheint und wir auch keine Hilfe von den Parteien aus dem Landtag bekommen haben, bitten wir nun Sie als Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, auf die Politik in Berlin zuzugehen, **damit der Ausverkauf von Spielplätzen ein Ende nimmt und alle Kinder der Bundesrepublik Deutschland weiter eine gesunde für sie wichtige freie Entfaltung, sowie die Förderung ihrer geistigen und sozialen Entwicklung durch freies Spielen erleben dürfen.**

Ralf Schäfer, Witten



Dieses Transparent wurde bei unserer Aktion „Kinderfreundliches Witten“ am 28. Mai 2011 von Kindern gesprüht

GROTENBACH: EINE UNENDLICHE GESCHICHTE!

Wieder einmal war der Grotenbach und der Witten-Annen-Kanal mit Abwässern der Chemiefirma *Evonik* im Juni 2013 übergelaufen.

Der Verursacher war zwar Starkregen, aber auch jahrelanger verfehlter Umweltschutz durch das Umweltamt und die Bezirksregierung Arnsberg. Die Bezirksregierung hat immer wieder einer Erweiterung des Einlasses von *Evonik* in den Kanal zugestimmt.

Vor Jahren wurden schon Wasserproben von *AUF Witten* genommen, wobei herauskam, dass fragwürdige Belastungen des Wassers vorliegen, was aber zu diesem Zeitpunkt niemanden, auch die Presse nicht, interessiert hat.

Es ist aber auch ein Skandal, dass diese öffentlich gemachten Hinweise ignoriert wurden.

Im Juni 2013 in der Nähe von Dortmund-Persebeck bekamen Anwohner in der übergelaufenen Brühe in ihren Gummistiefeln heiße Füße, dies scheint ja einiges über die chemische Zusammensetzung dieser Brühe auszusagen.

Trotz einer Erneuerung der Abwasser-Anlagen kommt es immer wieder zu Überschwemmungen, was für mich hier eher nach einer Fehlkalkulation aussieht

und die Kapazität dieser Abwasser-Anlage in Frage stellt. Da man schon seit langem weiß, dass durch Klimaveränderungen es immer häufiger zu Überschwemmungen kommen kann.

Erstaunlich ist auch, dass der *BUND* sich meines Wissens noch nicht dazu geäußert hat. Wo sich doch der Vorsitzende vom *BUND*-Dortmund so für Amphibien und Kröten eingesetzt hat, sodass sogar der geplante Radweg am Rüppings- und Grotenbach für die angebliche Krötenwanderung unterbrochen werden musste und jetzt durch stark besiedeltes Wohngebiet führen soll.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass diese und andere Lebewesen, die an diesen Gewässern leben und abhängig sind, sich an dieser *Evonik*-Brühe erfreuen können.

Auch Wasserrückhaltebecken, die geplant sind, tragen dazu bei, dass verseuchtes Wasser langsamer abfließt und somit die Verseuchung des Rüppings- und Grotenbachs länger anhält, was auch eine Gefahr für Mensch und Tier bedeutet.

Seltsam erscheint hierbei auch zu diesem Zeitpunkt der Ausfall der Chemieabwasserpumpen zu sein, dieses wurde ja von *Evonik* bestätigt.

Oder hat *Evonik* das Hochwasser genutzt, um sich seiner nicht mehr verwendbaren Chemikalien kostengünstig zu entsorgen?

Die anfallenden Instandhaltungskosten, wenn eine Pumpe nicht läuft, spart man schließlich auch noch ein.

Zu bemerken ist auch, dass es in den Abend- und Nachtstunden wieder vermehrt zu Geruchsbelästigungen kommt.

Auch wird es immer seltsamer, wodurch diese Chemikalien abgeführt werden.

Früher war es eine Druckleitung und alle Gullis mussten verschlossen werden.

Heute liegt bis Dortmund-Menglinghausen eine Spiegelleitung, wobei die Gullis nicht fest verschlossen werden dürfen und somit eine weitere Geruchsbelästigung entstehen kann.

Es stellt sich die Frage, ob die Emscher-Genossenschaft überhaupt weiß, ob das ihren Anforderungen entspricht, was sie bekommen hat.

Außerdem besteht durch das vermehrte Überlaufen des Witten-Annen-Kanals eine **extreme Grundwasserbelastung**.

Wir sollten mit unseren Ressourcen Wasser und Luft behutsamer umgehen, schließlich wollen und sollen wir unseren nächsten Generationen eine lebenswerte Zukunft vorbereiten.

So wie man uns von der Emscher-Genossenschaft erzählt hat, bleibt das belastete Wasser weiter in der unteren Kanalisation und nur das „gute“ Wasser wird über den Überlauf abgeführt, wozu dann wohl auch unbelastete Binden und Tampons gehören.

Außer Chemie gibt es auch noch andere Dinge, die gut fließen. Fragen sie nach bei *CDU* und der Familie *Quandt*.

An dem jahrelangen Kampf von Anwohnern von *Evonik* und den Gewässeranliegern sowie verantwortungsbewussten Bürgern sieht man:

Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern.

Herbert Schlüter, Witten



Gullis am Grotenbach unter Druck bei Starkregen

VERSUNKEN IN FRAC-FLUIDEN UND ... ?

WEITERE GEDANKEN ZUM THEMA FRACKING

Von René Schlüter – Mitglied im Vorstand von AUF Witten

Seit unserer letzten Beschäftigung mit dem Thema Fracking hat sich etwas ereignet, was uns hier als durchaus angebrachter Aufhänger für einige weitere Gedanken zu diesem Thema dienen soll.

DIE UNBERECHENBARKEIT DES FAKTORS NATUR

Im US-Bundesstaat Colorado kam es im September zu großflächigen Überschwemmungen. Neben der menschlichen Katastrophe für die Betroffenen, kam es zu einer in ihren Langzeitfolgen kaum abzuschätzenden Umweltkatastrophe, denn im betroffenen Gebiet befanden sich Fracking-Anlagen!

Bei diesem Verfahren zur Gewinnung von im Gestein gebundenen Öl oder Gas, werden mittels des Aufsprengens der Gesteinsstruktur durch einen Cocktail aus Millionen von Litern Wasser und Tonnen von mannigfaltigen Chemikalien (Frac-Fluide) eben jene Rohstoffe gefördert.

Dabei entstehen riesige Mengen von höchst belastetem Abwasser. Sowohl die Bohranlagen als auch die Lagertanks standen nun in Colorado in den großflächig überschwemmten Gebieten (siehe Bild).

Obwohl jedem die damit ausgelöste Umweltproblematik deutlich werden

sollte möchten wir hier darauf hinweisen, dass der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten von Seiten des US-Staates der Verzehr von Trinkwasser aus den Brunnen in ihrer Umgebung strikt untersagt wurde.

Dies in einem Land in dem, unter anderem auch mit Unterstützung und riesigen Profiten des auch schon anderweitig berüchtigt gewordenen Konzerns *Halliburton*, in großem Ausmaß gefrackt wird und in dem diese hochgefährliche Technologie als absolut sicher, ungefährlich und sogar zukunftsweisend angesehen wird.

Ein schönes Beispiel für den sarkastischen Spiegel, der oben genannten Unberechenbarkeit, den man den Betreibern von hochgefährlichen und unzeitgemäßen Energieförderungs- und -produktionsanlagen vorhalten kann.

FRACKING WELTWEIT?

Nun könnte man sagen Colorado ist weit weg. Doch wie sieht es europäisch und international mit dem Fracking und den Planungen dazu aus?

Sowohl die G8-Staaten als auch die EU sind absolute Fracking-Befürworter.



Die EU droht sogar mit Klagen z.B. gegen Frankreich, wo Fracking aufgrund von großen Protesten von der Regierung verboten wurde. Auch in Russland und China wird übrigens in großem bzw. steigendem Maße gefrackt.

Die von Profitinteressen fehlgeleiteten Regierungen der international führenden Nationen wollen also auch in diesem Fall riesige Gefahren in Kauf nehmen um die beinahe schon anachronistische Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen noch weiter zu verlängern.

Eine wirkliche Bereitschaft zu einer unabwendbaren Energiewende, die wohl international ebenfalls unstrittig ist, sieht anders aus.

WIDERSTAND!

Wie in so vielen anderen Bereichen verdient auch das Fracking den breitestmöglichen Widerstand, den man auf dieser Welt nur finden kann.

Der mit einem bundesweiten Aktionstag am 31.08.2013 und Aktionen in z.B. Aachen, Balingen, Braunschweig, Flensburg, Hamburg, Kassel und auch Witten oder den oben erwähnten Protesten in Frankreich gezeigte Widerstandsniveau der Bevölkerungen kann nur ein Anfang gewesen sein.

Politischer Widerstand in der heutigen Zeit sollte sich in unserer globalisierten Welt themenbezogen über größtmögliche Differenzen hinweg generieren, da er nur so das weltweite Verbot von Fracking und eine Energiewende jetzt erreichen kann.

**Um uns selbst
müssen wir uns
selber kümmern!**



Die Bohrstelle versunken im Hochwasser in Colorado, USA

"DAS IST EIN EINGRIFF IN UNSEREN PLANETEN!"

Am Freitag, den 25. Oktober 2013, führte die Umwelt AG von AUF Witten eine Infoveranstaltung zum Thema Fracking durch. Es wurde regelrecht vor Augen geführt, wie gefährlich dieses Fracking ist. Der Vortrag beantwortete viele Fragen, hat aber auch viele neue Fragen aufgeworfen. Nicht nur, wie gefährlich Fracking ist, wurde im Anschluss diskutiert, sondern was wir dagegen tun können.

Wenn vom Fracking gesprochen wird und insbesondere von Fracking-Bohrungen, wird bereits der ganze Vorgang gewollt verharmlost. Es ist ja nicht so, dass man ein Loch bohrt, das Gas rausholt und das Loch dann wieder zuschüttet.

Es werden stattdessen Sprengungen vorgenommen, dazu der Einsatz von wertvollem Trinkwasser und Unmengen an Chemikalien zur Stabilisierung der gesprengten Bereiche eingesetzt. 50% der vorhandenen Gase werden dabei erst gar nicht gewonnen, sondern treten aus dem Boden aus und steigen in die Erdatmosphäre auf.

Zum Einsatz kommen dabei:

- 10-20 Millionen Liter Wasser!
- 60-600 Tonnen hochgiftige Chemikalien!
- 500-1000 Tonnen Sand!

Dabei wird versucht, die Bevölkerung ruhig zu halten, indem man verharmlosend davon spricht, dass es ja Trinkwasserschutzzonen gäbe - frei nach dem zynischen Motto:



Es gleicht einer Mondlandschaft - Das Jonah Field of Western Wyoming in den USA, wo seit einiger Zeit gefrackt wird.

Das Wasser wird schon einen Bogen um die giftigen Chemikalien machen. **Aber: Die Chemikalien sind nach dem heutigen Stand der Technik nicht filterbar, was einer unumkehrbaren Trinkwasserverseuchung gleichkommt!**

Das ist Umweltverbrechen erster Güte! In Niedersachsen bei Söhlungen wird bereits gefrackt und die Bevölkerung war lange Zeit noch nicht einmal darüber informiert!

Deshalb ist es so wichtig, den Kampf gegen jegliche Umweltzerstörung aufzunehmen! **Der Widerstand fängt lokal an, aber er kann nur Wirkung zeigen, wenn es eine starke, weltweite Umweltbewegung gibt!**

Darüber waren sich die Teilnehmer einig. Hier ein paar Stimmen aus der Diskussion:

"Das ist ein Eingriff in unseren Planeten! Es geht hier um die Lebensgrundlage jedes Lebewesens und jeder Pflanze!"

"Wir müssen uns über weltanschauliche Grenzen hinweg zusammenschließen!"

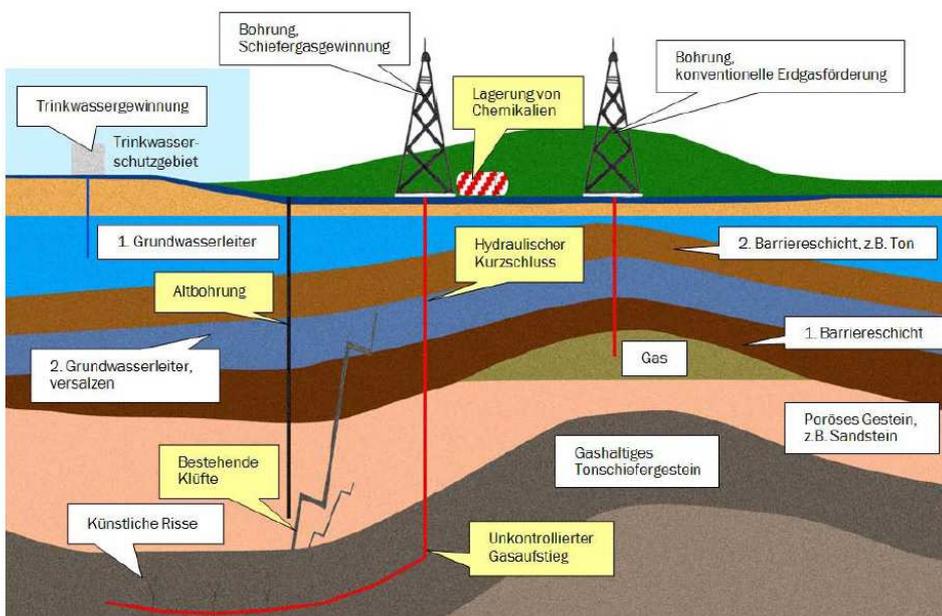
"Das Fracking ist nur ein Teil des Ganzen!"

"Wir müssen uns fragen, ob wir nicht eine andere Gesellschaft brauchen, um diesen Verbrechen ein Ende zu bereiten!"

AUF Witten ruft dazu auf:

Unterstützen Sie den weltweiten Widerstandstag gegen die drohende globale Umweltkatastrophe am 16. November 2013. Nähere Infos folgen unter www.auf-witten.de

Schluss mit der Umweltzerstörung!



Dieses Schaubild stellt die Unterschiede zwischen konventioneller Erdgasförderung und dem Fracking dar.

Den vollständigen Vortrag finden Sie unter www.AUF-Witten.de

KEIN FUSSBREIT FÜR „PRO NRW“!

von Romeo Frey, Sprecher im Vorstand von AUF Witten

Am Samstag, den 19. Oktober versammelten sich gut 200 Wittener in der unteren Bahnhofstraße zu einer Protest- und Solidaritätskundgebung mit Demonstration gegen den wiederholten Versuch von *Pro NRW* einer islamfeindlichen Stimmungsmache gegen den Neubau der angeblichen „Protz-Moschee“ der bosnischen Gemeinde in Witten.

Aufgerufen hatte das *Bündnis gegen Rechts*, in dem auch *AUF Witten* mitarbeitet. In Hattingen folgten dem Aufruf eines ähnlich breiten, neugegründeten Bündnisses doppelt so viel Menschen. *Pro NRW* hatte etwa zehn „Reisekader“ aufgeboten. Der Startredner begann in Witten seinen Angriff auf ein Grundrecht mit „Hallo liebe Hattinger“.



WEHRET DEN ANFÄNGEN

Das Bündnis hatte sich auf die *Verteidigung des Grundrechts auf Glaubensfreiheit* geeinigt. Bemerkenswert war deshalb, dass fast alle der fünf Redner einen Bezug zur braunen Gefahr herstellten. Ralf Kapschak (MdB SPD) und ich als Sprecher von *AUF Witten* mit demselben Schlusswort: „*Wehret den Anfängen*“.

Manfred Müller, früherer Bevollmächtigter der *IG Metall*, erinnerte, dass die Nazis als erste Gewerkschafter und politische Vertreter der Arbeiterbewegung in die KZ's holten.

Stefan Schmidt, Kreissprecher der Linken, belegte, wie die etablierte Politik mit Polemiken zur Zuwanderung, Asylrecht und Integration das Wirken der Faschisten erleichtert.

Durch den lautstarken Protest war von der braunen Hetze fast nichts zu hören. **Jeder konnte sehen und hören, wer die Bürgerbewegung ist**, die *Pro NRW* gerne sein möchte.

DEMAGOGISCHE TAKTIK

Als Redner wollte ich den Charakter und die Politik von *Pro NRW* mit überzeugenden Argumenten beleuchten:

- *Pro NRW* präsentiert sich vorzugsweise als *islamkritisch* und warnt vor der „*Gefahr der Überfremdung*“. **In Wahrheit ist das die Taktik**, gegen religiöse Minderheiten vorzugehen, um die **neofaschistische Ideologie** umso leichter in der Bevölkerung verbreiten zu können. Das erinnert an die *NSDAP*.

- *AUF Witten*, namentlich **Achim Czulwick als Ratsmitglied und ich als Sprecher, geriet mehrfach ins braune Fadenkreuz von Pro NRW** in einer herabsetzenden Weise, die aggressive antikommunistische Tiraden der *NSDAP* wachruft.

Besonders stören *Pro NRW* unsere Grundsätze, wonach wir für ein **gleichberechtigtes Zusammenleben aller Wittener ungeachtet ihrer Herkunft, ihrer Weltanschauung oder Religion**, eintreten. Und unser Engagement in der Montagsdemo

gegen Hartz IV mit seinem offenen Mikrofon, *von dessen Gebrauch Nationalisten, Faschisten und religiöse Fanatiker definitiv ausgeschlossen sind*.

- Das Parteiprogramm von *ProNRW* ist angelehnt an das der *NPD* und anderer neofaschistischer Organisationen.

- Das Führungspersonal der deutschen „Pro-Bewegung“ hat teilweise Wurzeln in der neofaschistischen Szene.

- Mitgliederwerbung und Werbung um gesellschaftliche Akzeptanz richten sich schwerpunktmäßig an den politischen rechten Rand der *CDU*. Gerne stellen sie wie zuletzt in Hattingen, Anträge und Verlautbarungen der *CDU* als Folge ihrer Öffentlichkeitsarbeit dar. In Witten hätten ihnen sogar ein Ehrenvorsitzender und andere *CDU*-Mitglieder zugejubelt. Auch das erinnert an die Parteiaufbautaktik der *NSDAP*.

- Schließlich wollen sie 2014 zur Kommunalwahl, unter anderem in Witten und Hattingen, antreten, um nach dem „*Graswurzelpinzip*“ in den Landtag und den Bundestag vorzudringen. Dazu sollen auch die Europawahlen genutzt werden, ein weites Feld für ihre Propaganda.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich daran erinnern, **dass nach Artikel 139 des Grundgesetzes jede Form der faschistischen Betätigung in Deutschland verboten ist. Dazu ist kein Parteiverbot nötig. Parteien wie Pro NRW oder NPD dürften gar nicht zugelassen sein.**

Dann könnten die über 100 Polizisten, die zum Schutz der Kundgebung von *ProNRW* aufgeboten wurden, mal ihre Überstunden abfeiern, meinen Sie nicht auch?



Im Vorfeld rechnete die Polizei mit 50 – 100 Gegendemonstranten, dafür wurde eine Hundertschaft aufgeboten!

RECHENSCHAFT ABLEGEN UND FEIERN

Einladung zur öffentlichen Jahreshauptversammlung und Abschlussfest

Am 17. November findet die öffentliche Jahreshauptversammlung von *AUF Witten* statt. Damit hat *AUF Witten* den meisten politischen Organisationen etwas voraus, was wir an dieser Stelle einmal näher beleuchten möchten und dabei einige unserer Grundsätze näher vorstellen wollen.

Grundsatz:

AUF Witten praktiziert eine demokratische und solidarische Streitkultur mit folgenden Merkmalen:

- sachlich
- konstruktiv
- die Einheit während
- offen gegenüber Kritiken
- Differenzen werden offen, kameradschaftlich und direkt im Rahmen des Bündnisses geklärt.

Wenn sich die Mitgliedschaft von *AUF Witten* am Jahresende zur Jahreshauptversammlung trifft, geschieht dies nicht einfach aufgrund von Vorschriften oder Paragraphen in unserer Satzung. Dies geschieht aus Überzeugung, denn wir wollen keine Korruption, keine Kungelei und keine Vertuschung. Hier wird Klartext gesprochen.

Der Vorstand legt hier einmal im Jahr Rechenschaft über seine ausgeübte Tätigkeit ab. Dabei fühlen alle Teilnehmer und Besucher ordentlich auf den Zahn, was eine sehr lebhaftere Diskussion bringt. Das ist sehr wichtig, denn auch bei *AUF Witten* ist nichts fehlerfrei und perfekt.

Grundsatz:

AUF Witten ist finanziell unabhängig und finanziert seine Arbeit durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und eigene Aktivitäten.

Ebenso wird der Kassierer in die Pflicht genommen. Dieser hält einen detaillierten Bericht über die Einnahmen und Ausgaben von *AUF Witten*. Die Kasse wird dazu von einem gewählten Revisor geprüft. Dieser darf in keine andere Funktion gewählt werden, um Korruption vorzubeugen.

Da im nächsten Jahr auch die Kommunalwahlen stattfinden, ist besonders die Rechenschaftslegung von Ratsmitglied Achim Czulwick von Bedeutung.



Grundsatz für Mandatsträger:

Wir legen regelmäßig Rechenschaft über unsere Arbeit vor der *AUF Witten* Mitgliederversammlung ab.

Zwar gibt es keine Rechtsvorschrift, dass Ratsmitglieder rechenschaftspflichtig sind, aber jeder der für *AUF Witten* zur Wahl antritt, geht die oben beschriebene Selbstverpflichtung ein. So legt Ratsmitglied Achim Czulwick seit Jahren gewissenhaft Rechenschaft auf der Jahreshauptversammlung ab.

Das ist bei *AUF Witten* schon lange

Standard, für viele Parteien aber ein Graus. Ein Schelm wer dabei böses denkt.

Wir möchten Sie herzlich dazu einladen, uns zu besuchen und eine neue Art von Politik zu begutachten. Zwei Wochen später feiern wir auf unserem Jahresabschlussfest das Erreichte und tanken Kraft für die anstehenden Aufgaben. Es stehen also spannende Zeiten für *AUF Witten* bevor.

Seien sie dabei und verpassen Sie es nicht! Sie sind Herzlich Willkommen!

Unsere Termine

- Sonntag, 17. November:

**öffentliche Jahreshauptversammlung
11-14 Uhr im Hotel Specht,
Annenstraße 104, Witten Annen**

- Freitag, 29. November:

**Jahresabschlussfest
ab 18:00 Uhr in der Gaststätte "Zur Dritten Halbzeit"
Haldenweg 2, Witten Heven**

Spielplatz Gemeindeneck/Bebbelsdorf

WIE SICH DIE STADT AUS DER VERANTWORTUNG STEHLEN WILL

von Agathe Czulwick, Mitglied im Frauenverband Courage e.V. Witten

Seit Monaten wehren sich die Anwohner berechtigt gegen die Schließung des Spielplatzes Gemeindeneck in Annen, der wie viele andere Spielplätze in Witten als Bauland verkauft werden soll, um die klamme Kasse der Stadt zu sanieren. Weil sie nicht klein beigeben, hat die Stadt den Anwohnern - großzügig wie sie ist - einen Pachtvertrag angeboten. Doch der ist meilenweit davon entfernt, was die Eltern schultern können.



NICHT ZUMUTBAR

Für nunmehr auf sieben Jahre beschränkt sollen sie monatlich 168 € aufbringen und zusätzlich für die Prüfung von Bäumen und Spielgeräten aufkommen. Allein letzteres wäre nicht finanzierbar, wohingegen die Eltern zur Pflege und Instandhaltung bereit wären mit einer Pacht von höchstens 30 € pro Monat für 10 Jahre.

Angeblich hätte die Verwaltung geprüft, ob eine Einigung erzielt werden könne, aber die bisherigen Fakten sprechen dafür, dass sich die Stadt aus fiskalischen Gründen einfach aus der Verantwortung stehlen will.

SPIELPLATZOFFENSIVE?

Um ihre kinder- und jugendfeindliche Politik zu vertuschen, hat sie ein 220 Seiten starkes Konzept einer „Wittener Spielplatzoffensive“ entwickelt.

Danach sollen 16 ausgewählte Wittener Spielplätze mit maximal 350.000 € jährlich erneuert werden, dafür aber zwei Drittel der bisherigen Spielflächen komplett aufgegeben werden.

Die Stadt will dafür 150.000 € pro Jahr selbst bereitstellen, der größte Teil soll aus Spenden von Bürgern kommen.

170 Herbeder Grundschüler sammeln bei einem Spendenlauf Geld für Klettergerüst und Schaukeln. So wird die Begeisterungsfähigkeit der Kinder und die Spendenbereitschaft der Bevölkerung schamlos ausgenutzt, um die Kosten auf sie abzuwälzen.

„SACHZWÄNGE“ EIN SCHLECHTES VORBILD

Schützenhilfe erhält die Stadt ausgerechnet vom **Kinder- und Jugendparlament**. In seiner Stellungnahme heißt es, das Spielflächenkonzept sei „unter intensiver Beteiligung der Wittener

Kinder“ zustande gekommen, die auch darüber entschieden hätten, dass der Spielplatz am Gemeindeneck zu den „nicht mehr unbedingt erforderlichen Flächen“ gehöre.

Den Befürwortern des Erhalts dieses Spielplatzes werfen sie vor, „*Einzelinteressen über das Gemeinwohl*“ zu stellen. Gleichzeitig wird gerechtfertigt, dass der Stadt gar keine andere Möglichkeit bliebe, auch Spielflächen als Bauland zu verkaufen, um den Haushalt zu sanieren.

Offensichtlich ist es den Verantwortlichen der Stadt gelungen, die **Denkweise angeblicher „Sachzwänge“ auch dem Kinder- und Jugendparlament ein zu impfen**.

Mit der Denkweise „*kein Geld da*“ ist es „*alternativlos*“, dass beim Normalbürger gespart wird und dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen zurückstehen müssen, während z.B. die Zahlung von jährlich 15 Millionen € Zinsen für die Banken ein absolutes Tabu ist, an dem nicht gerüttelt werden darf.

Anstatt die Kreativität und Begeisterungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen zu fördern, werden sie von den Stadtoberen zum Nachplappern sogenannter „*Sachzwänge*“ erzogen und dazu gedrängt, „freiwillig“ auf die Sanierung **aller** Wittener Spielplätze auf Kosten der Stadt zu verzichten.

Die Elterninitiative spricht dagegen in einem offenen Brief an den Bundespräsidenten, dass „*der Ausverkauf von Spielplätzen zu einem gesamtdeutschen Problem geworden ist*“. An dieser Haltung sollte sich das Kinder- und Jugendparlament doch eher ein Vorbild nehmen!



Immer wieder neue Generationen von circa 20 Kindern aus dem Bereich Bebbelsdorf/Gemeindeneck spielen hier regelmäßig seit Jahrzehnten. Wo sollen sie künftig hin? Auf den nahegelegenen Friedhof?

HEISSER HERBST

von Ulrich Wagner, Mitglied im Vorstand von AUF Witten

Gerade sind die Bundestagswahlen vorbei, da wird schon wieder fleißig demonstriert. Pünktlich um 12 Uhr am 19. Oktober in Berlin begrüßten Frank Oettler und Fred Schirmmacher die über 1.000 Teilnehmer der bundesweiten Montagsdemonstration. Es war zugleich der 10. Geburtstag der Bewegung, was von beeindruckender Entschlossenheit zeugt, den Kampf gegen die Hartz-Gesetze keineswegs aufzugeben. Eine soziale Bewegung über einen solch langen Zeitraum hat es in Deutschland noch nicht gegeben. Auch wenn die Montagsdemo keine Massenbewegung mehr ist, so hat sie sich doch inhaltlich weiterentwickelt zu einer Bewegung mit einem großen Potential zum Massenprotest in naher Zukunft!



Dabei ist die Montagsdemo zu einer Plattform geworden, die über den Protest gegen die Hartz-Gesetze weit hinaus geht. Umweltfragen wie zur Atomkatastrophe in Fukushima, der Kampf um Arbeitsplätze wie bei Opel, Schließung von Spielplätzen wie aktuell hier in Witten, usw. machen die Montagsdemonstration zu einem Zentrum des sozialen Protests.

In 10 Jahren Montagsdemo hat sich der Montag praktisch zum Tag des Widerstands entwickelt. Damit gibt es deutschlandweit ein wöchentliches Forum für jegliche Proteste. Das Potential ist sehr groß.

So erlebte der Protest gegen Stuttgart 21 seine Geburtsstunde auf der Stuttgarter Montagsdemo. Die praktische Solidarität der Montagsdemos mit dem Volksaufstand in Istanbul ermöglichte z.B. hier in Witten weitere Solidaritätsaktionen.

Deutschlandweit werden seit Monaten bereits Spenden für eine Streikkasse für die Opelner bei einem möglichen anstehenden Streik gesammelt. Auch hier engagiert sich regelmäßig die Montags-



demo, Spenden dafür zu sammeln, aber auch für Klarheit zu sorgen, was wirklich bei Opel stattfindet.

Bezeichnend im vergangenen Bundestagswahlkampf waren vor allem Forderungen nach dem Mindesten. Eine Mindestrente, einen Mindestlohn, eine Mindestsicherung. Ist ja auch schön und gut, dass man ein bestimmtes Mindestmaß überall haben könnte, aber sollen wir uns damit zufrieden geben?

Vor kurzem habe ich in einer Motorsportfachzeitschrift über einen Formel 1 Profi gelesen, dass dieser sein Jahresgehalt von über 20 Millionen € damit rechtfertigt, dass er durch die vielen PR-Termine unter psychischem Stress stünde und er ja unter lebensgefährlichen Bedingungen "arbeiten" würde. Als Zeichen der Solidarität führen diese dann Werksbesichtigungen durch.

Ich habe selten eine solche rotzfremde Aussage gelesen. Ich halte es zwar für utopisch,

jedem Arbeiter 22 Millionen € im Jahr zu bezahlen, aber wenn Psychostress und lebensgefährliche Arbeitsbedingungen eine ausreichende Begründung für einen so hohen Lohn sind, dann ist es aber höchste Zeit für uns, darum zu kämpfen!

Insbesondere den Psychostress erlebt heute jeder Kollege auf der Arbeit, jeder Jugendliche in der Schule, jeder Arbeitslose auf den Ämtern. Und wir sollen uns mit dem Mindesten zufrieden geben?

Wir treten dafür ein, dass wir das bekommen, was uns zusteht, denn ein durchschnittlicher Arbeiter produziert im Jahr einen Umsatz von weit über 300.000 €.

Dazu müssen wir uns aber auch die Frage stellen, ob wir, für ein wirklich menschenwürdiges Leben, über diese Gesellschaft nicht hinaus denken müssen? Für eine Gesellschaft, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht den Profit.

Deshalb laden wir Sie ein:

Diskutieren Sie mit uns auf der Montagsdemo über all diese Fragen! Bringen Sie Ihre Anliegen vor, teilen Sie uns Ihre Gedanken mit! Jeder ist herzlich willkommen, mit einer Ausnahme:

Faschisten, Nationalisten und Fanatiker sind ausgeschlossen. Wer demokratische Rechte abschaffen will, kann kein Mitspracherecht haben!

Montagsdemo

Jeden Montag
um 17 Uhr

am Berliner Platz/Ecke Nordstraße

www.auf-witten.de



DAS HAT SYSTEM!

von Peter Spyrka, Mitglied in AUF Witten

Wieder ein Todesfall bei *HP Pelzer Chemie*: ein Arbeiter, gestorben mit nur 51 Jahren! Von meiner alten Abteilung, in der ich bis 2003 beschäftigt war, sind nach meinem unvollständigen Überblick von rund 150 Arbeitern bereits 51 frühzeitig und teilweise qualvoll gestorben – in der Mehrzahl durch Krebs.

Doch das ist nicht nur ein Problem besonders krasser Firmen wie *HP Pelzer Chemie* oder *Envio Dortmund*. Vielmehr handelt es sich um ein ganzes System der Vertuschung, Duldung und Billigung, in das auch Arbeitnehmervertreter, Berufsgenossenschaft, Ärzte, Aufsichtsbehörden, Richter und Politiker bis in die höchsten Ebenen verstrickt sind.



ALLES IST AUF DEN KOPF GESTELLT

In der Anfrage von Ratsmitglied Achim Czulwick (*AUF Witten*) an die Bürgermeisterin zur „*Vergiftung am Arbeitsplatz bei HP Pelzer Chemie und Umweltbelastung*“ wird ein Pelzerarbeiter zitiert: „*Alles ist auf den Kopf gestellt: wir müssen der Firma nachweisen, dass sie uns vergiftet. Die Firma muss nichts nachweisen. Es reicht, wenn sie sagt, sie hält sich an die Vorschriften.*“

Diese Anfrage datierte vom 7.11.2012. Am 7.7.2011 hatte ich bereits, nach vielen bisher vergeblichen Versuchen, die Vergiftung aufzuklären und als Ursache für meine Arbeitsunfähigkeit anerkennen zu lassen, mich in einer Petition an den Landtag NRW gewandt. (siehe auch www.auf-witten.de)

Obwohl beide Schreiben zeitlich erheblich auseinander liegen, kam fast zeitgleich die Antwort, Anfang 2013.

An mich von der Präsidentin des Landtags NRW und an *AUF Witten* von der

Bezirksregierung Arnsberg. Inhalt und zum Teil Wortwahl waren fast identisch, sodass man annehmen muss, dass der Landtag die Stellungnahme aus Arnsberg einfach nur übernimmt.

Die Bezirksregierung in Arnsberg aber hat eine traurige Berühmtheit dadurch erlangt, dass sie der PCB-Vergiftung der Envio-Arbeiter in Dortmund jahrelang tatenlos zusehen hat.

Zu *HP Pelzer* jetzt wird behauptet, dass bei mehrfacher Überprüfung der Firma „*die vorgefundenen Arbeitsschutzmaßnahmen aber nie so gravierend waren, dass eine unmittelbare Gefährdung bestanden hätte, auch weil die arbeitsplatzbezogenen Luftgrenzwerte eingehalten wurden und die erforderliche persönliche Schutzausrüstung zur Verfügung stand.*“

Das ist gegenüber den 51 frühverstorbenen Kollegen und einer mir nicht bekannten Zahl ernsthaft Erkrankter ungeheuer zynisch und schlichtweg gelogen.

WIDERSTAND NÖTIG

Stellt sich noch die Frage, wieso *Envio* aufgefliegen ist und *Pelzer* nicht nur gedeckt wird, sondern auch Millionen-subventionen kassieren konnte?

HP Pelzer stellt Dämmmaterial für Autos her. Skandale über Vergiftungen in der Produktion und Ausgasungen in neuen Autos wären schlecht fürs Geschäft mit Millionen Fahrzeugen.

Und zwar **nicht nur der bedeutendsten Konzerne** in Deutschland, sondern auch für das **dahinterstehende Finanzkapital**. Eine so große Nummer für Beamte und Politiker, dass sie sogar ihre eigenen Gesetze missachten.

Doch liebe Leserin, lieber Leser, was haben wir zu verlieren? Sollen wir weiter zum Tod verurteilt sein? Nur wer sich wehrt, kommt zu seinem Recht. Wenn viele sich wehren, kann auch das herrschende Unrecht beendet werden.

Termine zum Mitmachen, wir sehen uns!

- **Sa., 16. November:** Umweltdemonstration in Essen – Info auf Homepage folgt
- **So., 17. November:** Jahreshauptversammlung – Näheres siehe Seite 9
- **Fr., 29. November:** Jahresabschlussfest - Näheres siehe Seite 9

Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von AUF Witten:

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail info@auf-witten.de

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de